



## Programmatik der JuliA Westerzgebirge

ehem. JuliA Aue-Schwarzenberg

### Kommunalpolitik:

#### **Für ein gewerbefreundliches Schwarzenberg**

Die Jungliberale Aktion Westerzgebirge fordert die Stadt Schwarzenberg auf, den Eigentümern des Grundstückes an der Bundesstraße 101, auf dem sich die ehemalige „Fliesen Unger GmbH“ befindet, zu gestatten, für die Ansiedlung von Gewerbe (z.B. Filiale von „Mc Donalds“, bzw. „Burger King“ o. Ä.) sorgen zu dürfen. Der Bebauungsplan ist entsprechend zu ändern.

#### **Ein autofreier Marktplatz für eine attraktive Innenstadt**

Die Jungliberale Aktion fordert die Stadt Schwarzenberg auf, auf dem Marktplatz ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung des Aufzugs am Hammerparkplatz ein Parkverbot auszusprechen.

#### **Mehr Polizei im Erzgebirge – Gegen Schließungspolitik**

Die Jungliberale Aktion Westerzgebirge fordert die Erhaltung aller Reviere und Posten der Polizei im Erzgebirgskreis. Desweiteren sollte kein weiterer Stellenabbau von 200 Beamten erfolgen, sondern über mehr Neueinstellungen von Polizisten nachgedacht werden, um auch zukünftig Schutz für die Bürger zu garantieren.

#### **Sicherheit an der Eibenstocker Straße**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Stadt Schwarzenberg auf, sich dafür einzusetzen, dass Sicherungsmaßnahmen an der Kreuzung Eibenstocker Str./ Bermsgrüner Str. durchgeführt werden, bevor jemand zu Schaden kommt.

#### **Schwarzenberger Weihnachtsmarkt verlängern**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Verlängerung des Schwarzenberger Weihnachtsmarktes auf zwei Wochen.

#### **Verbesserung der touristischen Infrastruktur in Schwarzenberg**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Stadtverwaltung Schwarzenberg auf, zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur in der Stadt Schwarzenberg folgendes umzusetzen:

1. beleuchtete Ausschilderung der historischen Altstadt an folgenden Strecken:
  - An der B101 aus Richtung Aue.
  - An der B101 aus Richtung Annaberg-Buchholz.
  - An der S270 aus Richtung Grünhain-Beierfeld.
  - An der S272 aus Richtung Johanngeorgenstadt.
  - An der S274 aus Richtung OT Jägerhaus/Sosa.

2. Aufstellung einer touristischen Unterrichtungstafel (Zeichen 386.3 nach StVO) an der Bundesautobahn 72.
  - Privatwirtschaftliche, bzw. gesponsorte Finanzierung.
  - Ausschreibung der künstlerischen Ausgestaltung.
  - Wahl des besten Vorschlages durch eine Jury.
  - Schriftzug: "Schwarzenberg - Perle des Erzgebirges".
3. Überprüfung der Geeignetheit und Erforderlichkeit des automatischen Zufahrtssperrsystems zur Schwarzenberger Altstadt aus Richtung Bahnhofstraße.
  - Inwiefern hat sich das Verkehrsaufkommen verändert?
  - Welche Auswirkungen hat das System auf den Einzelhandelsstandort Altstadt ausgeübt?
4. Einführung eines Parkleit- und Hotelleitsystems nach dem Vorbild anderer erzgebirgischer Städte.

#### **Verantwortung für Schwarzenberg - Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009**

Ortsvorstandsbeschluss; siehe extra PDF-Dokument

#### **Waldbühne in Schwarzenberg privatisieren**

Der Ortsvorstand der JuliA ASZ spricht sich für die unverzügliche Privatisierung der Veranstaltungsstätte "Waldbühne" in Schwarzenberg aus.

#### **Nein zu oktroyiertem Silberberg**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich gegen die Zusammenschließung der Städte Aue, Schneeberg, Lauter und der Gemeinde Bad Schlema zur Stadt „Silberberg“ aus, solange der Volkswille nicht beachtet wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind es nur die Bürgermeister und Räte, die für einen Zusammenschluss sprechen, jedoch sollten die Bürger der Städte und Gemeinde ein Mitspracherecht erhalten.

Wir fordern in jeder der vier Städte bzw. Gemeinden einen Volksentscheid, mit dem sich die Bevölkerung für oder gegen den Zusammenschluss aussprechen kann.

Der Zusammenschluss sollte dann nur zwischen den Kommunen sein, wo es die Bevölkerung mehrheitlich wünscht.

#### **Zebrastreifen vor Stadtschule**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg fordern die Stadt Schwarzenberg auf, vor der Mittelschule Stadtschule in Schwarzenberg generell einen Zebrastreifen auf die Fahrbahn aufzubringen, da dies eine kostengünstige und sichere Lösung für die Überquerung der Straße bietet.

#### **Das Erzgebirge braucht ein touristisches Gesamtkonzept, aber keine Fremdenverkehrsämter!**

Die Jungliberale Aktion Ortsverband Aue-Schwarzenberg fordert die Auflösung der regionalen Fremdenverkehrsämter, denn tourismuspolitische Kleinstaaterei ist ineffizient und schreckt Investoren ab!

An die Stelle der Ämter sollte eine Gesellschaft treten, die das gesamte Erzgebirge touristisch vermarktet. Diese Gesellschaft sollte vorzugsweise privat geführt werden.

#### **Annaberg-Buchholz soll Kreissitz des Großkreises Erzgebirge werden**

Der Ortsverband spricht sich dafür aus, dass die Stadt Annaberg-Buchholz im neuen Großkreis Erzgebirge, welcher sich aus Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Mittleres Erzgebirge und Stollberg zusammensetzt, die Kreisstadt werden soll. Gründe dafür sind die zentrale Lage der "heimlichen Hauptstadt des Erzgebirges" und das Ergebnis einer Telefonumfrage der örtlichen Presse, welche sich für Annaberg und nicht für Aue aussprach.

## Landes- und Bundespolitik:

### **Keine Erhöhung der Hartz IV – Sätze**

Die Jungliberale Aktion Westerzgebirge spricht sich entschieden dagegen aus, im Zuge der Neuregelung der Berechnung der Hartz IV – Sätze eine Erhöhung vorzunehmen. Stattdessen fordern wir, damit zu beginnen, schrittweise das Bürgergeld-Modell einzuführen.

### **Wahlversprechen umsetzen – an Steuerreform festhalten**

Die Jungliberale Aktion Westerzgebirge fordert die FDP auf, noch in dieser Legislaturperiode die vor der Wahl versprochene Steuerreform umzusetzen.

### **Reform des Umsatzsteuerrechts**

Die Jungliberale Aktion Westerzgebirge fordert eine grundlegende Reform zur Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts. Dazu sollte der ermäßigte Steuersatz von derzeit sieben Prozent abgeschafft und ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 16 Prozent eingeführt werden.

### **Obligatorischer Verkehrssicherheitstest für Autofahrer ab 70 Jahren**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Einführung eines verpflichtenden, sich aller drei Jahre wiederholenden Verkehrssicherheitstests für Autofahrer ab dem 70. Lebensjahr. Dazu fordern wir die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes:

Einführung von §2d StVG:

*Inhaber einer Fahrerlaubnis, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben, sind verpflichtet, sich aller drei Jahre einem Verkehrssicherheitstest bei einer nach dem Fahrlehrergesetz zur Ausbildung nach §2 Absatz 2 Nummer 4 befähigten Stelle zu unterziehen.*

Einführung von §24d StVG:

*(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen §2d im Straßenverkehr ein Fahrzeug führt und sich nicht nach Ablauf einer Frist von spätestens einem Jahr seit Entstehung der Verpflichtung einem Verkehrssicherheitstest unterzogen hat.*

*(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer die Tat nach Absatz 1 fahrlässig begeht.*

*(3) Die Ordnungswidrigkeit ist mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro zu ahnden.*

Straßenverkehrsrechtliche Verfahrens-, Ausführungs- und Organisationsvorschriften sind entsprechend zu ändern.

### **Bildungsstreik bestreiken**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich eindeutig gegen den sog. "Bildungsstreik", der zum Teil mit Hörsaalbesetzungen einher geht, aus und fordert die Mitglieder der Liberalen Hochschulgruppen auf, sich in den jeweiligen studentischen Vertretungen der Universitäten gegen Streiks und Besetzungen auszusprechen.

### **Generelles Überholverbot für LKW auf Autobahnen mit zweispurigen Richtungsfahrbahnen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich für ein generelles Überholverbot von LKW auf Bundesautobahnen mit zweistreifigen Richtungsfahrbahnen einzusetzen.

### **Ursachen statt Symptome bekämpfen: Toleranz für Lenkzeitüberschreitung einführen und Parkplatzzahl erhöhen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert den massiven Ausbau von LKW-Stellplätzen entlang der Bundesautobahnen und in diesem Zusammenhang bis zur Bereitsstellung entsprechender Stellplätze in ausreichender Zahl eine Toleranzzeit bzgl. der Lenkzeitüberschreitung von LKW-Fahrern in Höhe einer Stunde.

### **Verlegung des Buß- und Bettages auf einen Sonntag**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Verlegung des gesetzlichen Feiertages "Buß- und Bettag" in Sachsen auf einen Sonntag.

### **Keine Verschärfung des Jugendstrafrechts**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg lehnt sowohl die Erhöhung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht von zehn auf fünfzehn Jahre Freiheitsentzug als auch die Einführung des so genannten "Warnschussarrestes" ab.

### **Richterliche Unabhängigkeit durchsetzen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Entflechtung der Judikative von der Exekutiven. Wir fordern, die Finanzhoheit und die personelle Hoheit über das Gerichtswesen auf die Judikative selbst zu übertragen. Für den Bund wird dafür ein Ausschuss gebildet, der paritätisch aus Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Bundesgerichtshofes, des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundesarbeitsgerichts, des Bundesfinanzhofes und des Bundessozialgerichts zusammengesetzt ist. Über dessen Entscheidungen befindet der Bundestag mit einfacher Mehrheit.

Die Wahl der Verfassungsrichter des Bundes trifft ein Ausschuss, dessen Mitglieder von den obersten Verfassungsorganen, namentlich dem Bundestage, dem Bundesrate, dem Bundespräsidenten, der Bundesregierung und dem Bundesverfassungsgerichte selbst zu gleichen Teilen gewählt werden. Die Beschlüsse dieses Ausschusses kann der Bundestag nur mit verfassungsändernder Mehrheit überstimmen.

### **Wirtschaftslenkende Staatseingriffe ablehnen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg lehnt

1. das 500.000.000.000 Euro teure Finanzmarktstabilisierungsgesetz,
2. jedwedes Konjunkturprogramm und
3. staatliche Bürgschaften für Private ab.

### **Passiven Terrorismus ins StGB – Kastorgegnern die Augen öffnen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich für die Schaffung eines Paragraphen im Strafgesetzbuch aus, der „passiven Terrorismus“ unter Strafe stellt und mit mindestens Haftstrafe außerhalb der Bewährungsvariante belegt. Dieser soll unter anderem abstrakt die Blockaden von Kastortransporten und Ähnlichem umfassen.

### **Für ein Fremdbestreikungsverbot**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich dafür aus, dass im Streikfalle Betriebe nur von der eigenen Belegschaft bestreikt werden dürfen. Jegliche Form von gewerkschaftlich oder frei organisierter Bestreikung durch am bestreikten Betrieb unbeteiligter Dritter ist als zum Schadenersatz verpflichtende Handlung in das Zivil- und Arbeitsrecht aufzunehmen.

### **Mindestlöhne ablehnen**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg lehnen einen generellen Mindestlohn ab.

### **Recht muss Recht bleiben – Bologna-Prozess in der Juristenausbildung ablehnen**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich grundsätzlich gegen die geplante Reform der Juristenausbildung und die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge aus. Gleichzeitig fordern wir die Beibehaltung des jetzigen Systems aus Grund- und Hauptstudium mit anschließender erster juristischer Prüfung und Referendariat mit anschließender juristischer Staatsprüfung.

### **Ganztagschulen ablehnen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg lehnt das Konzept der verpflichtenden Ganztagschulen für Sachsen ab.

### **Nutzungsabhängige Infrastrukturfinanzierung bei Autobahnen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die Abschaffung der hubraumabhängigen Kfz-Steuer und der Ökosteuern sowie die deutliche Senkung der Mineralölsteuern auf Kraftstoffe. Gleichzeitig sprechen wir uns für die Privatisierung der Autobahnen und die Einführung einer Maut aus. Bei der Privatisierung muss der Staat verpflichtet werden, seine Autobahnen so auszuschreiben, dass eine Monopolbildung ausgeschlossen ist. Die Konsortien, in deren Eigentum die Autobahnen übergehen, stehen über entsprechende Verträge unter Aufsicht des Staates. Das Bundesfernstraßengesetz ist entsprechend zu ändern.

### **Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert die sofortige Abschaffung des Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetzes und der Erbschaftssteuerdurchführungsverordnung.

### **Wirtschaftsunterricht an sächsischen Schulen einführen**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich dafür aus, an sächsischen Schulen ab Klasse sieben den Wirtschaftsunterricht als eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen. Dabei soll sich am Vorbild des Freistaates Bayern orientiert werden. Inhalte des Lehrplanes sollen sein:

- Vorstellung der wichtigsten Wirtschaftssysteme und derer Konflikte untereinander
- Funktionieren eines Marktes
- Funktionieren der Börse als perfekter Markt
- Vorstellung wichtiger Ökonomen und ihrer Auffassungen
- Kritische Auseinandersetzung und unvoreingenommene Betrachtungsweise der Systeme
- Kritische Betrachtung des Keynesianismus und seiner Verschuldungs- und Papiergeldtheorien
- Das wirtschaftliche Scheitern des Sozialismus
- Behandlung der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und ihrer Vordenker (Hayek, Mises, etc.)
- Theorie der Umlaufmittel
- Wirtschaftsinformatik
- Business English

### **Abstrakte Normenkontrollklage gg. Verwaltungsreform**

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg fordern die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, gegen das Sächsische Kreisgebietsneugliederungsgesetz und das Sächsische Verwaltungsmodernisierungsgesetz zusammen mit anderen Oppositionsfraktionen abstrakte Normenkontrollklage vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof in Leipzig zu erheben.

### Sächsische Hochschulen privatisieren

Die Jungliberale Aktion ASZ spricht sich für eine komplette Privatisierung der Sächsischen Hochschullandschaft aus und fordert die Landesregierung auf, ein entsprechendes Sächsisches Hochschulprivatisierungsgesetz auf den Weg zu bringen. Folgende Eckpunkte erachten wir als unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens im Kampf um die Köpfe zu erhöhen:

- Völlige Autonomie und Selbstverwaltung der Universitäten
- Möglichkeit des Erhebens von Studiengebühren, die an der Universität verbleiben
- Universitäten müssen vollumfänglich in allen Fächern um die besten Studenten konkurrieren können
- Die ZVS muss endlich abgeschafft werden.
- Anstellung der Professoren direkt an den Universitäten und nicht länger beim Staat
- Freiheit der Forschung und Lehre
- Abstinenz des Staates bei Fragen der Lehre, außer in Fächern, an deren Absolventen er ein berechtigtes Interesse hat (Rechtswissenschaft, in Form der Staatsprüfung)
- Unterstützung des Aufbaus von Stipendien-Programmen

### Keynesianistische Irrlehren abschaffen – Staatsverschuldungsverbot ins Grundgesetz

Die Jungliberale Aktion ASZ fordert die Bundesregierung auf, ein Verbot der Staatsverschuldung in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen, es umzusetzen und das Grundgesetz daher wie folgt zu ändern:

1. Artikel 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern] Abs. 4 GG (jetzige Fassung)

„Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts können durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Vorschriften über

1. Höchstbeträge, Bedingungen und Zeitfolge der Aufnahme von Krediten durch Gebietskörperschaften und Zweckverbände und
2. Eine Verpflichtung von Bund und Ländern, unverzinsliche Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zu unterhalten

(Konjunkturausgleichsrücklagen),

erlassen werden. Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen können nur der Bundesregierung erteilt werden. Die Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Sie sind aufzuheben, soweit der Bundestag es verlangt; das Nähere bestimmt das Bundesgesetz.“

**ändern in**

Artikel 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern] Abs. 4 GG (neue Fassung)

„Weder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch zur Erfüllung sonstiger Zwecke ist es den Gebietskörperschaften und Zweckverbänden erlaubt, Kredite aufzunehmen. Konjunkturausgleichsrücklagen von Bund und Ländern bei der Bundesbank finden nicht statt.“

2. Artikel 111 [Haushaltsvorgriff] Abs. 2 GG (jetzige Fassung)

„Soweit nicht auf besonderem Gesetz beruhende Einnahmen aus Steuern, Abgaben und sonstigen Quellen oder die Betriebsmittelrücklage die Ausgaben unter Absatz 1 decken, darf die Bundesregierung die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsführung erforderlichen Mittel bis zur Höhe eines Viertels der Endsumme des abgelaufenen Haushaltsplanes im Wege des Kredits flüssig machen.“

**ändern in**

Artikel 111 [Haushaltsvorgriff] Abs. 2 GG (neue Fassung)

„Der Bund ist verpflichtet, die Wirtschaftsführung der gesetzlich bestehenden Einrichtungen und Bauten, die Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen, Beschaffungen, sonstiger Leistungen sowie die Erfüllung rechtlich begründeter Verpflichtungen durch Mittel aus Steuern, Abgaben, sonstigen Quellen und aus der Betriebsmittelrücklage aufrechtzuerhalten. Der Bund darf keine Mittel im Wege des Kredits flüssig machen.“

3. Artikel 115 GG [Grenzen der Kreditaufnahme] (jetzige Fassung)

„(1) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmaren Ermächtigung durch Bundesgesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

(2) Für Sondervermögen des Bundes können durch Bundesgesetz Ausnahmen von Absatz 1 zugelassen werden.“

**ändern in**

Artikel 115 GG [Verbot der Kreditaufnahme] (neue Fassung)

„(1) Die Aufnahme von Krediten durch den Bund sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, sind verboten. Von diesem Verbot darf weder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch aufgrund eines Sondervermögens des Bundes abgewichen werden.

(2) Übergangsbestimmungen. Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über diese Änderung des Grundgesetzes arbeitet die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister der Finanzen darauf hin, die bis jetzt angesammelten Schulden und sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes, der Gebietskörperschaften und der Zweckverbände rasch zu tilgen. Der Bundesminister der Finanzen erstellt dafür einen Tilgungsplan. Für die Tilgung der Schulden dürfen keine Mittel im Wege des Kredites flüssig gemacht werden.“

4. Sobald die Schulden der Bundesrepublik Deutschland vollständig getilgt sind, erfolgt folgende, letzte Änderung des Grundgesetzes:

Artikel 114 [Rechnungslegung – Rechnungsprüfung] Abs. 1 GG (jetzige Fassung)

„Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden im Laufe des nächsten Rechnungsjahres zur Entlastung der Bundesregierung Rechnung zu legen.“  
**ändern in**

Artikel 114 [Rechnungslegung – Rechnungsprüfung] Abs. 1 GG (neue Fassung)

„Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen im Laufe des nächsten Rechnungsjahres zur Entlastung der Bundesregierung Rechnung zu legen.“

### **Keine Ausweitung des „Jugendschutzes“ – Tabakwaren und Alkohol weiterhin ab 16**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich gegen das geplante generelle Alkoholverbot bis 18 Jahre aus und fordert gleichzeitig, die Verschärfungen bei Tabakwaren wieder rückgängig zu machen.

### **Berufsbeamtentum abschaffen!**

Der Ortsverband der JuliA ASZ spricht sich für ein rasches Ende des Beamtenstatus' aus. Daher fordern wir die Streichung des Artikels 33 Abs. 5 GG und die entsprechende Änderung des Bundesbeamtengesetzes, des Beamtenrechtsrahmengesetzes und aller anderen Gesetze, die das Dienstverhältnis von Beamten regeln. Der Status des Beamten ist ferner in den des Staatlichen Angestellten zu überführen, welcher kündbar ist und nach Leistung bezahlt wird.

### **Keine Geschwindigkeitsbegrenzung für deutsche Autobahnen**

Der Ortsverband der JuliA ASZ spricht sich gegen Pläne der EU und der UN aus, für deutsche Autobahnen eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, das jetzige System der freien Fahrt mit empfohlener Richtgeschwindigkeit von 130 km/h beizubehalten.

### **Regierungspräsidien bzw. Landesdirektionen abschaffen**

Die Jungliberalen aus Aue-Schwarzenberg treten für die Abschaffung der, nach der Reform sinnlosen, Regierungspräsidien ein.

### **Computerspielverbote konsequent ablehnen**

Der Grund für diesen Antrag liegt bei dem Schulmassaker von Emsdetten, bei dem ein 17-jähriger Amokläufer 27 Schüler und Lehrer verletzte. Dadurch kam mal wieder die Diskussion über das Verbot so genannter Killerspiele auf. Das Land Bayern möchte deshalb eine Bundesratsinitiative zu eben diesem Verbot starten, welche wir ablehnen. Die Politik möchte dadurch mal wieder die persönliche und wirtschaftliche Freiheit zum staatlichen Vorteil einschränken... und dieser Zustand muss von liberalen abgelehnt werden.

### **Staatlichen Dirigismus zurückfahren – Völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten**

Wir sprechen uns dafür aus, dass das Ladenschlussgesetz abgeschafft wird. Es stellt bisher einen ungerechtfertigten Eingriff in die Freiheit der Wirtschaft dar. Wir sehen es als nicht akzeptabel an, dass der Staat per Gesetz den Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzern vorschreibt, ob und wann sie ihr Geschäft öffnen dürfen. Diese Entscheidung sollte in die Hände der freien Wirtschaft gelegt werden.

Die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes würde eine Vielzahl neuer Jobs schaffen, kleineren Anbietern mehr Chancen bieten und der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Vorteile beim Einkauf eröffnen.

### **Vorstellung von demokratischen Parteien an Schulen zulassen**

Im Kampfe gegen die Politikverdrossenheit der Jugend in Deutschland sehen wir es als notwendig an, dass demokratische Parteien und ihre Jugendorganisationen an staatlichen Schulen ihre Arbeit vorstellen, ihre Ziele erläutern und für ihre Sache werben dürfen. Dies würde auch zu einer besseren politischen Bildung der Jugend beitragen. Ziel soll es auch sein, mehr junge Menschen zu politischer Arbeit und zu Engagement zu bewegen, so dass frische Ideen und neue Impulse in das meistens recht nüchterne Feld der Politik kommen.

**Keine neuen naturwissenschaftlichen Pflichtfächer für die SEK II am Gymnasium**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich gegen die Pläne der sächsischen Landesregierung aus, Biologie, Chemie und Physik zu Pflichtfächern der Sekundarstufe II am Gymnasium zu machen.

Dieser Schritt stünde nicht im Einklang mit der kürzlich beschlossenen Aufweichung des minimalen Notendurchschnittes von 2,5, der nötig ist, um an ein Gymnasium zu wechseln. Des Weiteren ginge die individuelle Förderung und die Freiheit der Schüler, ihre Fächer in Eigenregie zu wählen, bzw. abzuwählen, verloren.

## Internationale Politik:

### **UN-Mandat ausweiten**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg fordert ein klares UN-Mandat für die Marineverbände im Golf von Aden bzw. der Küste vor Somalia im Kampf gegen die dort massiv zunehmende Seepiraterie. Dieses soll vorsehen, dass UN-Schiffe offensiv Piratenschiffe angreifen, verfolgen und versenken dürfen.

### **Gegen ein europäisches Tabak- und Bierwerbeverbot**

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg spricht sich ein Europäisches Tabak und Bierwerbeverbot aus und fordert daher, die Regelungen zum Tabakwerbeverbot zurückzunehmen und ein Bierwerbeverbot zu verhindern.

### **Mord an Litwinenko scharf verurteilen!**

Es kann nicht sein, dass ein ehemaliger Agent des russischen Geheimdienstes (ehem. KGB), hinterrücks mit einem radioaktivverseuchten Gift ermordet wird. Deshalb sprechen wir uns für eine lückenlose Aufklärung dieses Verbrechens aus und fordern dazu die russische Regierung zum Handeln auf.